



Auch beim Atomkraftwerk Brokdorf an der Elbe soll, so das Aktionsbündnis, moderne Filtertechnik angewendet werden. Foto: Charisius/dpa

Mittwoch, 28. April 2021

Sorge wegen zu hoher Radioaktivität

Kreis Cuxhaven. Der Rückbau des Atomkraftwerkes Brokdorf ruft ein breites, besorgtes bürgerliches Bündnis diesseits der Elbe weiter auf den Plan. Es herrschen große Bedenken, dass zu hohe radioaktive Einleitung im Zuge von Reinigung und Abbau in die Elbe fließen, wenn weiterhin uralte Grenzwerte aus dem 1970er-Jahren angewendet werden dürfen. Aus Gründen des Gesundheits- und Umweltschutzes fordern die Hadler und Cuxhavener die Anwendung aktuelle Filtertechnik, um die Freisetzung radioaktiver Stoffe so gut es geht zu minimieren.

Das Thema beschäftigt schon einige Zeit. Das Landvolk Land Hadeln-Cuxhaven, die Wasser- und Bodenverbände Otterndorf, und die evangelische Kirchengemeinde St. Severi bilden ein Aktionsbündnis für verantwortungsvollen AKW-Rückbau.

Alle hatten bereits – wie auch von unserem Medienhaus berichtet – im Sommer 2020 in ihrer Einwendung gefordert, dass im Zuge des geplanten Rückbaus des AKW Brokdorf eine deutliche Reduzierung der Grenzwerte für die Einleitung von radioaktiven Stoffen über den Wasserpfad in die Elbe erfolgen müsse. Dabei forderte das breite Bündnis die Anwendung bester Filtertechnik, um die im Antrag aufgeführten hohen Grenzwerte für radioaktive Stoffe zu reduzieren.

Diese vom Kraftwerksbetreiber beantragten Grenzwerte entsprächen den bisher genehmigten Werten aus dem Leistungsbetrieb, obwohl diese Grenzwerte in den letzten Jahren nur zu einem Bruchteil ausgeschöpft worden seien. Die Einwender beziehen sich bei ihren Forderungen auf die Reduzierung von Einleitungswerten für radioaktive Stoffe beim AKW Brunsbüttel. Nach laut gewordenen Bedenken und einer groß angelegten Unterschriftenaktion kam es 2019 im Verfahren Brunsbüttel zu einer Einigung zwischen Atomaufsicht, dem Atomkraftwerk Brunsbüttel/Vattenfall sowie zahlreichen Umweltverbänden. Vom zuständigen Ministerium MELUND (für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung) in Schleswig-Holstein wurden sämtliche Einwände zusammengestellt. Von Mitte Februar bis Mitte März hatten die Einwender Zeit, die Kategorisierung noch zu präzisieren, vom 2. bis 14. April konnte der Betreiber Preußen Elektra seine

Stellungnahme zu den Einwendungen abgeben. Jetzt liegt der Ball bei den Einwendern. Die Zeit drängt. Bis zum 15. Mai bleibt ihnen noch, ihre Position zu manifestieren, ihre Argumente zu verdeutlichen und zu versuchen, ihre Forderungen gegen zu hohe Einleitung von Radioaktivität durchzusetzen. Danach entscheidet das MELUND.

Große Sorge bereitet, dass ein Online-Konsultationsverfahren möglicherweise dazu führen könne, dass Einwendungen nicht in persönlichen Auseinandersetzungen vertieft und erläutert werden.

„Leider breite Spielräume“

Die Otterndorfer Agrarwissenschaftlerin Dr. Silke Eulenstein vom Aktionsbündnis kritisiert: „Leider lassen sich noch nicht einmal die kleinen Erfolge generalisieren: Die Gesetzeslage bietet Betreibern der Atomkraftwerke so breite Spielräume, dass Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung von den Energiekonzernen nur dann zur Anwendung kommen, wenn wir größtmöglichen öffentlichen und juristischen Druck erzeugen.“

Dr. Gisela Penteker, IPPNW, Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, aus Otterndorf: „Gesundheitsschutz für die Bevölkerung oder Geldersparnis für die Konzerne“? unsere Fragen und Forderungen an Preußen-Elektra, aber auch an die Landesregierungen von Niedersachsen und Schleswig-Holstein und an die verantwortliche Umweltbehörde: Die Gefährlichkeit radioaktiver Strahlungen ist nicht bei jedem Stoff gleich. Wir erwarten deshalb von den AKW-Betreibern, zu analysieren und offenzulegen, welche Stoffe in dem radioaktiven Abwasser enthalten sind. Nur auf dieser Grundlage kann die zuständige Behörde eine Gefährdungsbeurteilung vornehmen und dann die die Genehmigung zur Einleitung des Abwassers in die Elbe erteilen oder verweigern.“

Zudem, so die Ärztin Dr. Penteker, erwarte man vom Umweltministerium in Schleswig-Holstein eine regelmäßige Überprüfung der angewendeten Filtertechnik, die den höchsten Standards entsprechen sollte.

Marianne Peus, Kreistagsabgeordnete der Grünen, fordert eine detaillierte, umfassende Angabe und Auflistung des kompletten radiologischen Inventars des Kernkraftwerkes Brokdorf zuzüglich des sich auf dem Gelände bereits befindenden radiologischen Materials: „Diese Ergebnisse müssen der Umweltbehörde vorgelegt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.“ (wip/red)